
Die Tertiärisierung der Wirtschaft aus unterschiedlichen Perspektiven

Rezension von: Josef Schmee, Andreas Weigl (Hrsg.), *Wiener Wirtschaft 1945-1998. Geschichte – Entwicklungslinien – Perspektiven*, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main u.a. 1999, 236 Seiten, öS 790,-; Manfred M. Fischer, Luis Suarez-Villa, Michael Steiner (Hrsg.), *Innovation, Networks and Localities*, Springer, Berlin u.a. 1999, 336 Seiten, öS 1.088,-; Wolfgang Franz, *Arbeitsmarktökonomik*, 4. Auflage, Springer, Berlin u.a. 1999, 434 Seiten, öS 402,-.

Die drei angeführten Bücher beschäftigen sich aus ganz unterschiedlicher Perspektive auch mit dem Thema der Tertiärisierung der hochentwickelten Wirtschaften.

Die Tertiärisierung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung

Wolfgang Franz (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und Universität Mannheim) behandelt in der vierten Auflage seines im deutschsprachigen Raum bereits ‚klassischen‘ Lehrbuchs ‚Arbeitsmarktökonomik‘ die sektorale Verschiebung der Beschäftigung im Rahmen der ‚Einführung in die Empirie und Theorie der Arbeitsnachfrage‘. Zwischen 1967 und 1997 – so führt eine Tabelle (S. 105) vor Augen – verringerten sich in allen ausgewählten wirtschaftlich hochentwickelten Ländern die Beschäftigungsanteile der Landwirtschaft und der Sachgüterproduktion (‚Industrie‘) und erhöhte sich jener des Dienstleistungssektors.

In Österreich sank der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Selbständige, mithelfende Familienmitglieder und unselbständig Beschäftigte) gemäß OECD-Daten von 19,2 (1969) auf 6,7%, in Westdeutschland von 10,4 auf 3,0% und in den Vereinigten Staaten von 5,3 auf 2,9%. Die Erwerbstätigenquote der Sachgüterproduktion i.w.S. (verarbeitendes Gewerbe und Industrie, Bauwirtschaft, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau) nahm in Österreich während des obengenannten Zeitraums von 39,4 auf 30,3% ab, in Westdeutschland von 47,7 auf 35,5% und in den USA von 35,8 auf 23,9%. Und der Anteil des Dienstleistungssektors stieg in Österreich von 41,4 auf 62,9%, in Westdeutschland von 41,9 auf 61,5% und in den USA von 58,9 auf bereits 73,4%.

Unter den Erklärungsansätzen dieses sektoralen Strukturwandels in der Beschäftigung wird die sog. Dreisektorenhypothese (Fourastié) erwähnt. Gemäß dieser ist der Wandel der Produktions- und Beschäftigungsstruktur zugunsten des Dienstleistungssektors bestimmt zum einen durch den schwächeren (Arbeits-)Produktivitätsfortschritt in letzterem, zum anderen durch den ‚unstillbaren Hunger der Konsumenten nach Tertiärem‘. Empirische Untersuchungen zeigen jedoch, daß diese These keine brauchbare Grundlage für die Erklärung des sektoralen Strukturwandels bietet. Sie überschätzt die Bedeutung der Verschiebungen in der Struktur des privaten Verbrauchs, unterschätzt die Preiselastizität der Dienstleistungsnachfrage der privaten Haushalte und vernachlässigt wesentlich wichtigere Einflußfaktoren, vor allem Verschiebungen in der Struktur der Vorleistungsnachfrage, überhaupt.

Noch ausgeprägter ist mittlerweile die Tertiärisierung der unselbständigen Beschäftigung. 1951 belief sich in Österreich der Dienstleistungsanteil an der unselbständigen Beschäftigung (genaugenommen: an den Beschäftigungsverhältnissen) auf 38,4%, 1981 auf 55,4% und

1994 auf bereits 64,6%. Von 1994 auf 1995 erfolgte in der Statistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger die Umstellung von der Betriebssystematik 1968 auf die ÖNACE 1995-Systematik. Zwischen 1995 und 1999 erhöhte sich die entsprechende Dienstleistungsquote von 66,8 auf 68,8%. 1997 übertraf die Beschäftigtenzahl im tertiären Sektor erstmals die Zwei-Millionen-Marke.

Die Tertiärisierung der Stadtwirtschaften

Aufgrund der Tatsache, daß viele Dienstleistungen aus vielfältigen Gründen (siehe unten) Standorte innerhalb von städtischen Agglomerationen bevorzugen, ist der relative Besatz mit Dienstleistungsarbeitsplätzen in diesem Regionstyp am höchsten. In Wien erreichte der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten im Jahre 1999 bereits 79,0%.

Der von Josef Schmee (Arbeiterkammer Wien) und Andreas Weigl (Statistisches Amt der Stadt Wien) herausgegebene Band befaßt sich mit den ‚langen Linien‘ in der Entwicklung der Wiener Stadtwirtschaft und bedient sich dabei eines interdisziplinären Zugangs, um auf diese Weise zu einer komplexen Analyse des Ist-Zustandes zu gelangen. Die Beiträge des Sammelbandes stammen – abgesehen von den Herausgebern selbst – von Josef Fröhlich, Helmut Gasler, Hedwig Lutz, Peter Mayerhofer, Gerhard Meißl und Peter Moser.

Die Studie von Peter Mayerhofer (WIFO) analysiert die Position und die Chancen Wiens innerhalb des internationalen Städtesystems:

Die Entwicklung der Wiener Wirtschaft ist nicht nur von Faktoren wie dem Bevölkerungswachstum und dem regionalen Marktpotential abhängig, sondern auch von der Position Wiens im europäischen Städtesystem. Aufgrund der gestiegenen Kapitalmobilität verschärfte sich in den achtziger und neunziger Jahren der Wett-

bewerb unter den europäischen Großstädten um betriebliche Funktionen (Teile der Fertigung, Forschungseinheiten, Marketingaktivitäten, regionale Konzernzentralen usw.) von größeren Unternehmungen.

Zwischen unterschiedlichen Regionstypen findet eine funktionelle Arbeitsteilung statt. In großen Städten konzentrieren sich jene Aktivitäten, für die das urbane Umfeld spezifische Standortvorteile (Verfügbarkeit von hochqualifiziertem Humankapital, hohe Informationsdichte, gemeinsam nutzbare Infrastruktur etc.) bietet, vor allem die Schaffung, Be- und Verarbeitung von Informationen. Es ist die Ballung komplementärer Aktivitäten, die zu den genannten externen Größenvorteilen hochrangiger Stadtzentren führt. Diese ‚erworbenen‘ Standortvorteile dynamischer Art können weitere Akteure anziehen und auf diese Weise selbstverstärkend wirken. Daher sind in Bereichen wie der hochtechnischen Fertigung und den Informationsdienstleistungen, wo diese Externalitäten in besonderem Ausmaß zum Tragen kommen, die Ausgangsbedingungen relevant für die langfristige sektorale, branchenbezogene und funktionelle Spezialisierung einer Stadtwirtschaft. Anders ausgedrückt: Die Entwicklung verläuft pfadabhängig. Obwohl die verstärkte Ausrichtung auf Humankapital und Informationsvorteile ein gemeinsames Kennzeichen aller europäischen Großstädte ist, bedeutet dies aus den obigen Gründen keineswegs, daß sich deren Wirtschaftsstrukturen zwangsläufig weiter angleichen. Die aus den externen Größenvorteilen resultierende Pfadabhängigkeit der strukturellen Entwicklung bringt innerhalb des europäischen Städtesystems unterschiedliche Spezialisierungsmuster hervor.

Wiens Dienstleistungswirtschaft im europäischen Städtesystem

Wie aus einem Vergleich von 37 westeuropäischen Metropolen hervorgeht, zählt Wien zu jenen europäischen Groß-

städten, die eine hohe Konzentration von Öffentlichen und Sozialen (Gesundheits- und Bildungswesen) Diensten aufweisen, die ganz oder überwiegend durch Steuern und Abgaben finanziert werden. Marktmäßige Dienstleistungen sind hingegen nur unterdurchschnittlich vertreten. Die besonders intensive Verflechtung zwischen Fertigung und Wirtschaftsdiensten, die für dynamische Industriezentren typisch ist, wird in Wien nicht erreicht. Zudem sind diese Dienste wegen ihrer ganz überwiegend kleinbetrieblichen Struktur zu wenig auf die internationalen Märkte ausgerichtet, um Wien eine Position als internationales Zentrum für diesen am schnellsten expandierenden Dienstleistungsbereich zu ermöglichen. Relativ stark vertreten sind in Wien im europäischen Vergleich das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie das Bank- und Versicherungswesen, wobei beides eher Ausdruck einer starken Stellung Wiens im nationalen Städtesystem als einer erfolgreichen Profilierung als international bedeutender Standort ist. Alles in allem entspricht die sektorale und subsektorale Beschäftigungsstruktur Wiens in hohem Maße dem Durchschnitt der europäischen Großstädte, strukturelle Besonderheiten sind wenig ausgeprägt.

Trotz geringer sektoraler und branchenmäßiger Spezialisierung ist die Beschäftigungsentwicklung Wiens im Vergleich der westeuropäischen Großstädte überdurchschnittlich; dies gilt für den gesamten Untersuchungszeitraum 1975-95, besonders aber für den Abschnitt 1985-95. Für die Wertschöpfung ergeben sich noch größere Wachstumsvorteile. Die Anwendung der *Shift-Share*-Analyse führt zu dem Ergebnis, daß der Wiener Wachstumsvorsprung gegenüber dem europäischen Durchschnitt im Zeitraum 1975-95 aus einem leicht positiven Struktureffekt und einem geringfügig negativen Regionaleffekt resultiert. Dazu ist

zu bemerken, daß der positive Struktureffekt im Zeitablauf tendenziell abnahm, während sich der Regionaleffekt ins Positive kehrte. Hierin kommt offensichtlich die nach der Ostöffnung wesentlich bessere wirtschaftsgeographische Lage Wiens zum Ausdruck. Die ökonomische Querschnittsanalyse bestätigt die Bedeutung des Bevölkerungsanstiegs und der Ostöffnung für die relativ günstige Entwicklung des Wiener Dienstleistungssektors 1985-95.

Josef Schmee und Andreas Weigl befassen sich in ihrem zentralen Beitrag mit der längerfristigen Beschäftigungsentwicklung in Wien. Was die aktuellen Trends betrifft, so betonen die Autoren die Bedeutung der jüngsten Änderungen in den Rahmenbedingungen:

Die Ostöffnung, so resümieren Schmee und Weigl, bedeutete für die Wiener Wirtschaft einerseits eine Chance, andererseits schuf sie zusätzliche Risiken. Tatsächlich zog die Wiener Wirtschaft bis dato wesentlich mehr Nutzen aus der zunehmenden Vernetzung mit den MOEL. Die Effekte des zusätzlichen Marktpotentials überwogen gegenüber jenen der Auslagerungen.

Mit dem Beitritt zum EWR (1.1.1994) und zur EU (1.1.1995) verstärkte sich der Wettbewerbsdruck auf einige Branchen, die bis dahin überwiegend im geschützten Bereich agiert hatten. Stark betroffen waren die Transportwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie. Im Bank- und Versicherungswesen begannen Anpassungsreaktionen an die neue Situation. Die Rationalisierungsmaßnahmen bewirkten einen starken Produktivitätsanstieg. Die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten Wiens sank von 766.200 (1995) auf 761.100 (1999), wobei in der Sachgüterproduktion i.w.S. ein Rückgang von 15.200 verzeichnet wurde, der durch den Anstieg im Dienstleistungssektor im Ausmaß von 10.100 nur teilweise kompensiert werden konnte.

Standortbedingungen für wissensbezogene Dienstleistungen

In dem von Manfred M. Fischer (Wirtschaftsuniversität Wien), Michael Steiner (Universität Graz) und Luis Suarez-Villa (University of California, Irvine) herausgegebene Sammelband 'Innovation, Networks and Localities' befaßt sich R. Sivitanidou (University of Southern California) mit den von Computer-Software-Firmen bevorzugten urbanen Standortbedingungen. Die Produktion von Software ist eine der Schlüsselbranchen des wissensbezogenen, hochtechnischen Dienstleistungssektors. Die Bedeutung von Rechner-Software für das Wirtschaftswachstum der hochentwickelten Länder nimmt stetig zu, kommen doch produktivitätsfördernde Innovationen in zunehmendem Maße in der Gestalt von verbesserter Software zum Tragen. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß sich der interregionale und internationale Wettbewerb um derartige wissensbezogene Arbeitsplätze verschärft.

Die Erhebung von Sivitanidou unter südkalifornischen Computer-Software-Firmen führen zu folgenden Ergebnissen: Der Standortfaktor, den diese Unternehmungen an die erste Stelle setzen, ist die Verfügbarkeit von hochqualifiziertem Personal (Informatiker, Techniker usw.). Darin kommen die überragende Bedeutung des Humankapitals für diesen Produktionszweig und die Höhe des Arbeitskostenanteils zum Ausdruck. Aus der Notwendigkeit, spezialisierte Arbeitskräfte anzuziehen, ergibt sich auch die hohe Bedeutung, welche Software-Unternehmen der örtlichen Lebensqualität beimessen.

Eine weitere wichtige Standortbedingung ist die räumliche Nähe von anderen Hochtechnik-Unternehmen, von Universitäten und Unternehmungen mit hohem Software-Bedarf (Klienten-Firmen). Die externen Agglomerationsvorteile, die in

diesem Zusammenhang geschätzt werden, sind die Verfügbarkeit von Geschäftskontakten, eines gemeinsamen Reservoirs von qualifizierten Arbeitskräften und die Informationsdichte.

Innovationen beruhen auf unternehmensinternen und -externen Informationen, die relevant für die betreffende Problemlösung sind. Die Zunahme des Wissensbestands eines Unternehmens und damit seine Innovationsfähigkeit sind daher abhängig von der Teilnahme an einem Netz von Unternehmungen, Universitäten und Forschungseinrichtungen. Echeverri-Carroll und Brennan (beide University of Texas, Austin) stellen die Frage nach dem territorialen Umfang derartiger Innovationsnetze. Sind statische Externalitäten (Agglomerationsvorteile wie Wissens-*Spillovers*, Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und spezialisierten Wirtschaftsdiensten, geringe Transportkosten, externe Skalenerträge) oder dynamische Externalitäten (Zugang zu dem im Laufe der Zeit in einer bestimmten Region akkumulierten Wissen einer bestimmten Branche) die wichtigste Quelle des Wissens für Innovationen im Unternehmen?

Anhand einer Erhebung unter texanischen Hochtechnik-Firmen gelangen die Autoren zu dem Ergebnis, daß Innovationen in Unternehmungen urbaner Regionen mit relativ geringer Wissensakkumulation anhängig sind von überregionalen Kontakten zu Hochtechnik-Unternehmungen (Lieferanten, Kunden), Universitäten und Forschungseinrichtungen in den Ballungszentren mit höherer Wissensakkumulation in der betreffenden Branche. Mit anderen Worten, für Hochtechnik-Unternehmungen in Stadtregionen mit schwach ausgeprägten dynamischen Externalitäten sind außerregionale Wissensquellen von entscheidender Bedeutung für ihre Innovationstätigkeit.

Michael Mesch